Nr. 202
A 103
Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 30. April 1930
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben verzeint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsl.): i. V. Dr. Sven v. Müller, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Hoffnung auf Sowjet-Indien

Die indische Bewegung, die in der kommunistischen Presse mit Leitartikel-Orgien begrüßt wird, vollzieht sich ohne und gegen Moskau. Während in China eine Zeitlang „Moskaus Hand" tatsächlich mächtig war, ist der Einfluß der Komintern auf Indien in der letzten Zeit stark gesunken. Von unterrichteter Seite wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

In Indien gibt es keine ausgesprochene kommunistische Partei, sondern nur über das ganze Land zerstreute Gruppen von Kommunisten, die in den in vier Provinzen Indiens bestehenden Arbeiter- und Bauernparteien arbeiten. Diese Arbeiter- und Bauernparteien gehören dem indischen National-Kongreß an.

Durch die Hilfsorganisation der Komintern, die „Liga gegen Imperialismus", konnten die Kommunisten vor etwa drei Jahren einige nicht unbedeutende Verbindungen mit einem maßgebenden Teil der Führung des Allindischen Nationalkongresses aufnehmen. Besonders der Generalsekretär des Nationalkongresses und Führer der „Republikanischen Partei", Jawahar Lal Nehru, dessen Vater, genannt „der ältere Nehru", ein Führer der Swaradschi-Partei, anläßlich der russischen Zehnjahresfeier Moskau besuchte, war anfänglich der Politik der Liga sehr zugänglich.

Aber diese Verbindungen wurden nicht so gut wie in China für die Politik der Komintern ausgenutzt. Man versuchte, die indischen Nationalrevolutionäre, die auf dem Nationalkongreß den linken Flügel bilden, weiter nach links zu drängen. Infolge des allgemeinen putschistischen Linkskurses der Komintern stellte sie sich nicht mehr auf die Beeinflussung der Millionen Kleinbauern, die die Mehrheit der indischen Bevölkerung darstellen, ein; sie übersah einfach diese großen und entscheidenden Schichten. Die Nehru-Gruppe drohte mit dem Austritt aus der „Liga gegen Imperialismus", und heute besteht nur noch eine ganz lose Verbindung der indischen Nationalrevolutionäre mit der Liga.

Die Komintern sieht nämlich heute auf dem Standpunkt, daß in Indien die Lage für eine „Sowjetrepublik" reif sei. Sie glaubt, daß die 4—5 Millionen Proletarier Indiens, das eine Bevölkerung von 320 Millionen hat, selbständig den englischen Imperialismus und gleichzeitig die einheimischen Kapitalisten verdrängen können. In den Thesen des 6. Weltkongresses der 3. Internationale zur Kolonialfrage heißt es:

„Die Hauptaufgaben der indischen Kommunisten sind: Kampf gegen den britischen Imperialismus für die Befreiung des Landes, für die Beseitigung aller Ueberreste des Feudalismus und für die Agrarrevolution, für die Errichtung der Diktatur der Arbeiter- und Bauernschaft in der Form der Sowjetrepublik."

Diese Politik betreibt die Komintern entgegen dem Willen eines großen Teils der indischen Kommunisten und ihrer englischen Indien-Sachberater. Die Folge davon war, daß der einflußreichste indische Kommunist Monabendrah Nath Roy und mit ihm eine Anzahl indischer Gewerkschaftsführer aus der Komintern austraten.

Man kann verstehen, wie erfolglos die Indien-Politik der Komintern sein muß, wenn man erfährt, daß die deutschen Linksputschisten Remmele und Heinz Neumann zu den Verfassern der Indien-Beschlüsse gehören. Genau wie in Deutschland ist dort der Weisheit letzter Schluß: Kampf gegen die „Reformisten" und Ausschluß aller „Schwankenden".

Seit dem Ausbruch der Ghandi-Bewegung fühlt die Komintern ihre Einflußlosigkeit und versucht eine neue „Wendung" in ihrer Indien-Politik vorzunehmen. Jedoch die von der Komintern in den letzten Jahren betriebene Isolierungspolitik, die zur fast vollkommenen Einflußlosigkeit auf die indische Nationalbewegung führte, macht es ihr wenigstens vorläufig unmöglich, eine nennenswerte Rolle zu spielen.

Ein großer Vorteil für England und gleichzeitig für die englisch-russischen Beziehungen! lbx.

Gebrüder Saß endlich gefaßt

Auf frischer Tat

In der vergangenen Nacht wurde das Ueberfallkommando nach dem Hause Flemmingstraße 1 in Moabit gerufen, wo der Inhaber eines Zigarrengeschäftes zwei Einbrecher entdeckt hatte, die im Begriff standen, vom Keller des Hauses aus die Decke zu dem im Erdgeschoß liegenden Geschäft zu durchbrechen. Als die Polizei eintraf, flüchteten zwei Personen aus dem Keller heraus. Sie konnten nach einer aufregenden Jagd in der Werftstraße festgenommen werden.

Als man die beiden Männer auf das Polizeirevier gebracht hatte, stellte man fest, daß man zwei der Gebrüder Saß verhaftet hatte, die noch immer in dem dringenden Verdacht stehen, den großen Einbruch bei der Disconto-Gesellschaft am Wittenbergplatz im Januar des Jahres 1929 verübt zu haben. Bei den Gebrüdern wurde zahlreiches und gut assortiertes Einbruchswerkzeug gefunden.

In dem Hause Flemmingstraße 1 liegt im Erdgeschoß ein Restaurant und ein Zigarrengeschäft. Der Inhaber des Zigarrengeschäftes hörte in der Nacht ein verdächtiges Geräusch, das aus dem Keller kam. Er sah nicht erst selber nach, sondern alarmierte die Polizei. Als diese das Haus umstellt hatten, ging er mit einigen Beamten in den Keller hinab. Trotzdem gelang es den Einbrechern im letzten Augenblick, aus dem vollkommen umstellten Grundstück heraus zu entfliehen. **Die Polizeibeamten aber sprangen auf einige Kraftdroschken, das Publikum nahm an der Verfolgung teil, und die beiden fliehenden Leute wären im letzten Augenblick doch noch entkommen, wenn nicht der eine auf der Straße über eine Bananenschale ausgerutscht wäre, worauf beide zu Boden stürzten.** Mit entsicherter Waffe nahmen die Beamten die Einbrecher nun fest und brachten sie zur Wache.

*

Die Verfolgung der Gebrüder Saß wegen des großen Bankeinbruches am Wittenbergplatz stieß auf erhebliche Schwierigkeiten. Trotzdem sämtliche Beamten der Kriminalpolizei der Ueberzeugung waren, daß nur die Gebrüder Saß als Täter in Frage kämen, gelang es nicht, den damals Festgenommenen diesen Einbruch nachzuweisen, sie konnten auch keiner ähnlichen Tat überführt werden.

Im Januar 1930 machten die Brüder Franz und Erich Saß dann wieder von sich reden, als sie verhaftet wurden, weil sie auf dem Luisenfriedhof in Charlottenburg einen unterirdischen Gang gegraben haben sollen, den sie nach Anrahme der Kriminalpolizei als Versteck für Diebesgut benutzen wollten.

Rundfunknachrichten sind nicht geschützt

Eine Entscheidung des Reichsgerichts

Leipzig, 29. April | *Ullstein-Nachrichtendienst*

Der zweite Zivilsenat des Reichsgerichts hatte gestern als Revisionsinstanz über einen Rechtsstreit zu entscheiden, der dadurch entstanden war, daß der Herausgeber einer Tageszeitung in Oebisfelde im Jahre 1928 eine Nachricht über die Landung des Zeppelin-Luftschiffes in Lakehurst vom Stuttgarter Sender hatte abhören lassen, um sie dann als Extrablatt zu verbreiten. Die Reichsrundfunkgesellschaft hatte daraufhin Klage erhoben, nach der grundsätzlich festgestellt werden sollte, daß die Teilnehmer am Unterhaltungsrundfunk nicht berechtigt seien, die vom Rundfunk verbreiteten Neuigkeiten privatgewerblich zu verwerten.

Die Reichsrundfunkgesellschaft verlor diesen Prozeß in allen Instanzen. Das Reichsgericht schloß sich den Ausführungen der letzten Instanz an, daß ja auch die von Tageszeitungen veröffentlichten Neuigkeiten für den Rundfunk frei seien. Nach dieser Entscheidung des Reichsgerichts ist die Klausel, die die Sender vor ihre Nachrichten zu setzen pflegen und in der gesagt wird, daß die Meldungen weder durch Druck noch durch Schrift verbreitet werden dürften und daß eine derartige Verbreitung strafbar sei, inhaltlos geworden.

Der Trugschluß des Mahatma

Von Colin Roß,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung"

Kalkutta, im April

Die ersten Unruhen sind eingetreten, Begleiterscheinungen der Kampagne Gandhis, die zu erwarten waren. Damit biegt die Aktion der Gewaltlosigkeit, die der indische Führer proklamierte, in die Gewaltsamkeit ein. Wie weit er mit diesen Gewaltakten rechnete, wie weit er von ihnen überrascht wurde, ob er sie verabscheut oder im Grunde billigt und begrüßt, läßt sich bei dem undurchsichtigen Charakter des Mahatma nicht feststellen. Jedenfalls ist die Gewalt da, der logisch das Blutvergießen folgen wird, es muß mit ihr gerechnet werden, und sie verändert die ganze Situation. Ob zum Vorteil der indischen Freiheitsbewegung, ist noch sehr die Frage.

Es ist sehr leicht möglich, daß es in Kalkutta, in Bombay und anderen Industriezentren zu schweren Straßenkämpfen kommt. Neben der sozusagen „legalen" Unabhängigkeitsbewegung der Swarajisten gibt es ja noch eine illegale, die durch Attentate und Aufruhr die Freiheit zu erkämpfen trachtet. Und es ist immerhin möglich, daß diese unterirdische Bewegung sich trotz aller Aufmerksamkeit der anglo-indischen Polizei nicht unerhebliche Waffenvorräte zu sichern wußte, oder daß es gelingt, sie im ersten überrennenden Aufruhr zu erbeuten.

Es ist ferner sehr wahrscheinlich, daß man in Europa in diesen Unruhen und Straßenkämpfen die Flammenzeichen eines allgemeinen indischen Aufstandes und den Anfang des Endes der englischen Herrschaft erblickt. Allein man muß sich hüten, zu überschätzen, was in Kalkutta oder Bombay oder Madras vorgeht. Einstweilen ist Indien noch immer das indische Dorf. Und so lange dieses nicht allgemein in Flammen steht, und so lange es nicht zu Meutereien im anglo-indischen Heer und in der indischen Polizei kommt, hat England nichts zu fürchten, vorausgesetzt, daß es die Nerven nicht verliert.

Vielleicht mehr als in irgendeiner früheren Revolution wird es in der gegenwärtig möglichen indischen darauf ankommen, die Nerven zu bewahren. Und der wird bestimmt siegen, der über die besseren verfügt. Ob dies die eigekönigliche Regierung sein wird, läßt sich schwer sagen. Ihre gegenwärtige Politik des „laissez passer" Gandhi gegenüber kann ebensowohl unentschlossenes Abwarten und Fortwursteln bedeuten wie eine überaus kluge Politik, um dem indischen Freiheitsführer und Heiligen das Wasser abzugraben. Ich war ursprünglich der Ansicht, daß lediglich Unentschlossenheit hinter dem vorsichtigen Zögern der anglo-indischen Regierung stehe. Im Verkehr mit Gandhi und seinen Anhängern kam ich jedoch mehr und mehr zu der Ueberzeugung des Gegenteils. Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß Gandhi mit seiner Verhaftung rechnete, ja daß er sie wünschte. Zu seiner Verblüffung erfolgt sie nun nicht. Dies wirft seinen Kriegsplan über den Haufen, und er beginnt darüber die Nerven zu verlieren.

Mahatma Gandhi hat augenscheinlich erwartet, daß er vor oder unmittelbar nach Beginn seiner Aktion verhaftet werde. Als Folge seiner Verhaftung erwartete er den plötzlichen und einheitlichen Ausbruch des „gewaltlosen Widerstandes" in ganz Indien. Alle Funktionäre bis hinunter zu den Gemeindevorstehern und Dorfpolizisten sollten ihr Amt niederlegen und ihre Tätigkeit einstellen. Von dieser Dokumentierung des allindischen Willens zur Unabhängigkeit erwartete Gandhi die Kapitulation der Regierung in Delhi und des englischen Parlamentes. Anders kann ich mir seine Siegeszuversicht nicht erklären.

Ich glaube, daß sich Gandhi in seiner Selbstüberschätzung irrte, und daß auch seine Verhaftung nicht eine allgemeine antienglische Welle ausgelöst hätte, aber man konnte nicht wissen, was geschieht, und der anglo-indischen Regierung schien jedenfalls eine vorsichtigere Politik zweckentsprechender, die vermeidet, Gandhi zum Märtyrer zu machen, und seine Taktik trotzdem lahmlegt, indem sie zwar Gandhi schont, jedoch seine Mitarbeiter rücksichtslos verhaftet.

Sie konnte das um so leichter tun, als der Mahatma alles andere als ein Organisator ist und in keiner Weise befähigt, eine so schwierige Operation wie die von ihm beabsichtigte